

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

der Abgeordneten Broukal, Dr. Grünwald  
und KollegInnen

betreffend offener Zugang zu den Universitäten und Abschaffung der Studiengebühren

eingebracht im Zuge der Debatte zum EU-Thema "Europäische Herausforderungen für die österreichische Hochschulpolitik"

Seit der Beschlussfassung durch die Regierungskoalition über Zugangsbeschränkungen an den Universitäten aufgrund des EuGH-Urteils sind die StudienanfängerInnen mit unzumutbaren Zuständen im Rahmen der Inskription konfrontiert.

Ursache für die chaotische Entwicklung ist die Weigerung des Bildungsministeriums, sich und die Universitäten auf die vorhersehbare Verurteilung durch den EuGH vorzubereiten.

Die Universitäten sind in der Durchführung allein gelassen worden, es gibt keine klaren Anweisungen, keine Koordination, unzumutbare Härten für die StudienanfängerInnen – die Chancengleichheit wird ad absurdum geführt. Aus den aktuellsten Anmeldedaten vom 28.9.2005 geht hervor, dass sich der Andrang auf die Studienrichtungen Betriebswirtschaft, Psychologie, Pharmazie, Publizistik und Biologie in Grenzen hält – bisher stehen 380 Studierende vor einem Auswahlverfahren. Die Zugangsbeschränkungen in diesen Fächern sind nicht zu rechtfertigen.

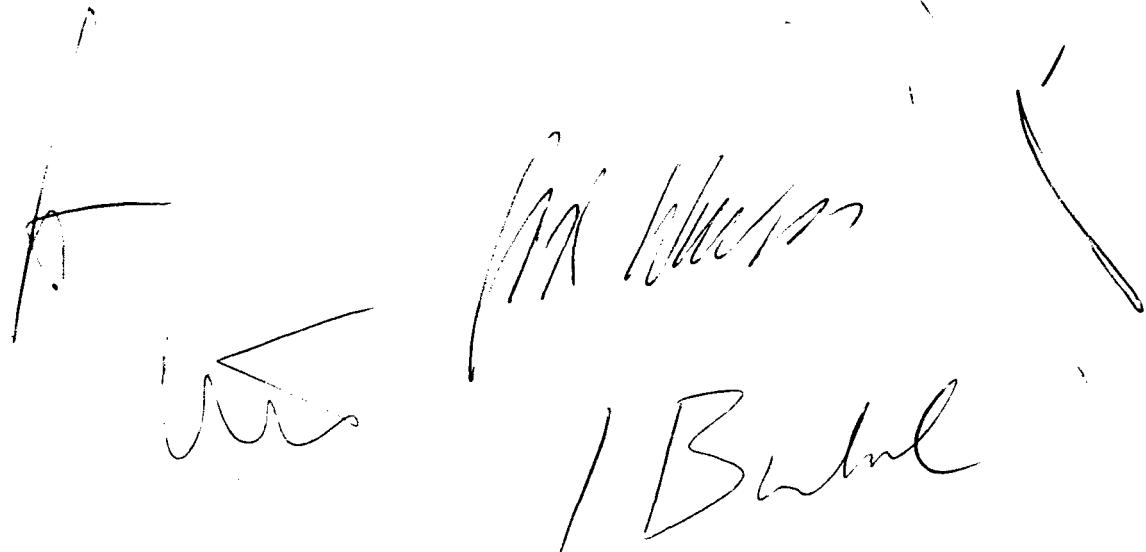
Ganz besonders an den Medizin-Universitäten wird beliebig sortiert, so ist z.B. entweder die Qualität von „Bewerbungsschreiben“, das Datum des Poststempels, die Kontoverbindung zu einer bestimmten Bank zur Überweisung der Studiengebühren, die Mitarbeit beim Roten Kreuz oder die zynische Ablehnung aus formalen Gründen ohne Frist zur Nachbesserung bestimmd für einen Studienplatz. Für die Studienrichtungen Medizin und Veterinärmedizin, in denen Zugangsbeschränkungen vorläufig unumgänglich sind, müssen bundeseinheitliche Zulassungskriterien geschaffen werden. Die Zulassungsbestimmungen müssen objektivierbaren Leistungskriterien entsprechen.

Die untenfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

**Entschließungsantrag:**

„Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird aufgefordert, rasch folgende Maßnahmen zu setzen:

1. Abschaffung der Zugangsbeschränkungen für die Studienrichtungen Betriebswirtschaft, Psychologie, Pharmazie, Publizistik und Biologie.
2. Für die Studienrichtungen Medizin und Veterinärmedizin muss das Bildungsministerium eine bundesweite Koordinationsfunktion ausüben und einheitliche Kriterien festsetzen; diese müssen objektivierbar und nachvollziehbar sein.
3. Zusätzliches Geld an die Universitäten, um zusätzliche Studierende in guter Qualität ausbilden zu können.
4. Abschaffung der Studiengebühren.“



The image shows five handwritten signatures in black ink, likely from German members of parliament, placed over the text of the motion. The signatures are somewhat stylized and overlapping, making individual names difficult to decipher precisely. They appear to be positioned above the concluding part of the text where the signatures of the presiding officers are typically placed.